

Auch wenn es einige Kinder /Jugendliche gibt, die den Übergang in die Regelklasse erfolgreich meistern (diese kommen in der Regel aus dem europäischen Ausland und haben bereits erfolgreich eine Schule besucht), muss es Ziel sein,

allen Kindern eine erfolgreiche Schullaufbahn zu ermöglichen!

Die **GEW** teilt die Auffassung von Hrn. Textor, dass diese Schülerinnen und Schüler erst dann einer Regelklasse zugewiesen werden sollen, wenn sie Deutsch so gut beherrschen, dass sie dem Unterricht der Regelklasse folgen können.

Da verbietet sich die 2-Jahres-Regel von selbst!

Sie ist unsinnig und geht an den Bedürfnissen der betroffenen geflüchteten Kinder und Jugendlichen vorbei und erschwert sogar deren Integration.

Daher fordert die **GEW** die Umsetzung einer Regelung, die für den Beginn dieses Zeitraums nicht den Grenzübergang ansetzt, sondern **erst ab dem ersten Schulbesuch in Deutschland** greift.

Unfassbar und unerträglich findet es die **GEW**, dass eine der Lehrkräfte der Alphabetisierungs-klassen, die diese Probleme und ihre Sorge öffentlich gemacht und der Presse mitgeteilt haben, von der Schulaufsicht quasi als Whistleblower behandelt und unter Druck gesetzt wird:

Anstatt diesen Hilferuf ernst zu nehmen und das Gespräch zu suchen, droht ihm die Schulaufsicht mit Disziplinarmaßnahmen, sollte er noch einmal Kontakt mit der Presse aufnehmen.

In welchem Land leben wir?

Das ist der Stil einer offensichtlich überforderten und zudem nicht kritikfähigen Kultusverwaltung, die autoritär wie zu Kaisers Zeiten versucht, kritische Kolleginnen und Kollegen mundtot zu machen!

Die GEW erklärt sich mit den Lehrkräften, die diesen Hilferuf veröffentlicht haben, solidarisch und fordert darüber hinaus das Hess. Kultusministerium und die Schulaufsicht auf, solche Einschüchterungsversuche zu unterlassen und stattdessen ihre Verpflichtung zur Fürsorge für die Beschäftigten zu erkennen und wahrzunehmen.

Die geäußerten Sorgen müssen ernst genommen, konstruktiv Lösungen erarbeitet und die Zivilcourage von Lehrkräften gefördert werden, anstatt sie beamtenrechtlich zu verfolgen!